



Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft

Antrag

**nach den Richtlinien zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit
in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten sowie der
Digitalisierung in der Landwirtschaft
(RL-IZ) Teil II C**

**einschließlich Antrag auf Genehmigung zum vorzeitigen Projektbeginn
gem. Nr. 11.3 zu § 44 LHO**

An:
**Bewilligungsstelle
Regierungspräsidium Gießen
Dezernat 51.1 – Landwirtschaft,
Marktstruktur
Landgraf-Philipp-Platz 1-7
35390 Gießen**

Eingangsstempel

Antragsnummer:
(durch Bewilligungsstelle zu vergeben)

Bearbeitungsvermerk (Behörde)	
	Namenszeichen, Datum
Registriert	
Vollständigkeit	
Stellungnahme LLH	
Stellungnahme RP DA	
Bemerkungen:	

1. Name des/der Antragstellenden

--

Nachname und Vorname / Bezeichnung und Rechtsform des Unternehmens

2. Personenidentnummer oder Unternehmensidentnummer

--

(falls bekannt, wird sonst von Bewilligungsstelle nachgetragen)

3. Postanschrift* des/der Antragstellenden bzw. des Unternehmens

	Tel.: Fax: E-Mail:
--	--------------------------

(Straße/Haus-Nr./Postfach/PLZ/Ort/Kreis)

*bei abweichender Anschrift des Unternehmenssitzes bitte auch diesen angeben

4. Vertretungsberechtigung im Falle von Unternehmen

(Name, Vorname)	Tel.: Fax: Email:
(Name, Vorname)	Tel.: Fax: Email:

Name/Bezeichnung der Vertreter*innen (Mehrfachnennungen möglich) mit Name des Unternehmens (wenn von Nr. 1. abweichend)

5. Bevollmächtigung

Hiermit bevollmächtige/n ich/wir die nachstehende/n Person/en für mich/uns zur uneingeschränkten Abgabe und Entgegennahme aller Erklärungen in diesem Vorhaben gegenüber der Bewilligungsstelle bis auf Widerruf:

	Tel.: Fax: Email:
	Tel.: Fax: Email:

(Name, Vorname, Straße, Hausnr., PLZ, Wohnort)

6. Bankverbindung (Bankverifizierung als Anlage 1 beifügen)

--	--

Kreditinstitut

Kontoinhaber*in

--	--

BIC

IBAN

7. Angaben zur Unternehmensgröße

Mein/Unser Unternehmen gehört zur Gruppe der Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Sinne des Anhangs I der VO (EU) Nr. 702/2014 der Kommission.

- Ja, mein Unternehmen gehört zu KMU
- Das Unternehmen ist eine Kooperation / Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Nein, weder noch

8. Nachweis der landwirtschaftlichen Tätigkeit

- Landwirtschaftliches Unternehmen

Zum Nachweis meiner landwirtschaftlichen Tätigkeit reiche ich den aktuellen Beitragsbescheid der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) als Anlage ein (**Anlage 2**).

- Kooperation / Körperschaften des öffentlichen Rechts
Zum Nachweis meiner landwirtschaftlichen Tätigkeiten reiche ich unseren Kooperationsvertrag / unseren Gesellschaftsvertrag / unsere Vereinssatzung als Anlage ein (**Anlage 3**).

9. Angaben zum Bezug von Altersgeld/Renten

Ich beziehe landwirtschaftliches Altersgeld oder vergleichbare gesetzliche Altersrenten und Pensionen.

- Ja
- Nein

10. Straßengüterverkehr

Ist das Unternehmen im gewerblichen Straßengüterverkehr tätig?

- Ja
- Nein

11. Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand

Die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand beträgt 25 % oder mehr des Eigenkapitals meines/unseres Unternehmens.

- Ja, die Kapitalbeteiligung beträgt mehr als 25 %.
- Nein, die Kapitalbeteiligung beträgt maximal 25 %.

12. Angaben zu Rückforderungsanordnungen

Für mein/unser Unternehmen liegt eine Rückforderungsanordnung zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Zuwendung und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.

- Ja, es liegt eine Rückforderungsanordnung vor.
- Nein, es liegt keine Rückforderungsanordnung vor.

13. Angaben zu Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Grundlage für die Definition bilden die Leitlinien für staatliche Zuwendungen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (ABl. EU Nr. C 249 vom 31. Juli 2014).

Befindet sich das beantragende Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

- Ja
- Nein

14. De-minimis-Beihilfe

Hinweis:

In diesem Förderprogramm findet die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf „De-minimis-Beihilfen“ Anwendung für Vorhaben von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die landwirtschaftliche Tätigkeiten wahrnehmen bzw. Dienstleistungen für die Landwirtschaft erbringen (z.B. Maschinenringe, Wasser- und Bodenverbände, anerkannte Erzeugerorganisationen).

- Von den Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger habe ich Kenntnis genommen (siehe Merkblatt „De-minimis-Beihilfen“).

Wenn zutreffend **Anlage 4** „Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis-Beihilfe“ ausfüllen und dem Antrag beifügen.

II MAßNAHMENPLAN

15. Erstbeantragung

Wurden bereits in diesem Kalenderjahr über die RL-IZ Teil II Digitalisierung in der Landwirtschaft für die Förderung Anträge gestellt und bewilligt?

- Ja
 Nein

16. Ausschluss von Doppelförderung

Ich habe bereits weitere Förderungen für dieselben förderfähigen Aufwendungen erhalten/beantragt.

- Ja
 Nein

17. Angaben zum hessischen EIP-Agri-Vorhaben gemäß RL-IZ Teil II Abschnitt A

Die Investition wird im Rahmen eines hessischen EIP-Agri-Vorhaben gemäß Teil II Abschnitt A durchgeführt.

- Ja, und zwar innerhalb der OG
Wenn ja, welche Fördergegenstände werden dem EIP-Vorhaben zugeordnet?
- Nein

18. Statistische Daten

a) Allgemein

Erwerbsarten

- Haupterwerb Nebenerwerb

Betriebstyp

- Landwirtschaft Gartenbau Weinbau Sonderkulturen

Region

- Nordhessen Mittelhessen Osthessen Südhessen

Betriebsart

- ökologisch konventionell

II MAßNAHMENPLAN

Betriebsleitung

Geschlecht:

männlich

weiblich

divers

Alter:

bis 40 Jahre

älter als 40 Jahre

Digitalisierungsgrad des Betriebes bisher

niedrig

mittel

hoch

Fläche:

Gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche in ha:

davon Ackerland:

Grünland:

Weinbau:

Welche Fläche soll mit der beantragten Technik bewirtschaftet werden?

Bewirtschaftete Fläche in ha:

Durchschnittliche Bodenpunkte:

Trifft nicht zu

Tierhaltung:

1. Tierart:	GVE zu 1:
2. Tierart:	GVE zu 2:
3. Tierart:	GVE zu 3:
4. Tierart:	GVE zu 4:
5. Tierart:	GVE zu 5:
6. Tierart:	GVE zu 6:

Wie viele Tiere werden von der beantragten Technik profitieren?

Tierart:	GVE:	Genutzte Technik:

Trifft nicht zu

Mitarbeitende:

Wie viele Mitarbeiter*innen profitieren?

Anzahl der Personen:

Trifft nicht zu

II MAßNAHMENPLAN

Motivation zur Beantragung der Förderung:

Mehrfachnennungen möglich.

- Umweltschutz
- Tierwohl
- Ökonomische Aspekte
- Vereinfachung des Managements (z.B. Zeitersparnis)
- Modernisierung
- Ressourcenschutz/-einsparung (z.B. Wasser, Energie etc.)
- Verbraucherorientierung (z.B. Verbesserung der Direktvermarktung)

19. Angabe zur Fördermaßnahme:

Hinweis: Wenn Sie beabsichtigen mehrere Produkte einer RL-Nr. zu beantragen, kopieren Sie bitte die entsprechenden Seiten und reichen Sie diese mit ein.

II MAßNAHMENPLAN

a) Agrarsoftware gemäß RL-Nr. 2.1:

Hersteller:

Software name:

Modulname:

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Anbieter			
Angebotsdatum			
Preis/Stück (netto)	€	€	€
Preis/Stück (brutto)	€	€	€
Menge			
Gesamt (netto)	€	€	€
Gesamt (brutto)	€	€	€
Bevorzugtes Angebot (Kreuz setzen)			

Begründung der Entscheidung zur Angebotswahl:

Zum Nachweis müssen **alle** Angebote mit eingereicht werden.

Bitte dazu notwendige Vergabedokumentation beachten und aufbewahren.

Voraussichtlicher Investitionszeitpunkt:

Ich plane die Investition/en zum beantragten Fördergegenstand zum
zu tätigen.

(MM/JJJJ)

II MAßNAHMENPLAN

b) Sensortechnologie zur Düngung gemäß RL-Nr. 2.2:

Hersteller:

Produktname:

Kalibrationsmodell (falls zutreffend):

Das Produkt wird im Rahmen eines hessischen EIP-Agri-Vorhaben gemäß RL-IZ Teil II Abschnitt A verwendet.

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Anbieter			
Angebotsdatum			
Preis/Stück (netto)	€	€	€
Preis/Stück (brutto)	€	€	€
Menge			
Gesamt (netto)	€	€	€
Gesamt (brutto)	€	€	€
Bevorzugtes Angebot (Kreuz setzen)			

Begründung für die Auswahl des Angebots:

Zum Nachweis müssen **alle** Angebote mit eingereicht werden.

Bitte dazu notwendige Vergabedokumentation beachten und aufbewahren.

Voraussichtlicher Investitionszeitpunkt:

Ich plane die Investition/en zum beantragten Fördergegenstand zum (MM/JJJJ) zu tätigen.

Größe der mit dem Produkt zu bewirtschaftenden Fläche: ha

(Hinweis: Bei der Anschaffung wird eine jährliche Mindestauslastung von 4 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche je 1000 EURO Netto-Anschaffungswert gefördert. Zum Erreichen der Mindestauslastung ist ein überbetrieblicher Einsatz im Rahmen von Kooperationen mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben möglich.)

II MAßNAHMENPLAN

c) Digitale Hack- und Pflanzenschutztechnik gemäß RL-Nr. 2.3:

Hersteller:
 Produktname:
 Produktart:

Das Produkt wird im Rahmen eines hessischen EIP-Agri-Vorhaben gemäß RL-IZ Teil II Abschnitt A verwendet.

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Anbieter			
Angebotsdatum			
Preis/Stück (netto)	€	€	€
Preis/Stück (brutto)	€	€	€
Menge			
Gesamt (netto)	€	€	€
Gesamt (brutto)	€	€	€
Bevorzugtes Angebot (Kreuz setzen)			

Begründung für die Auswahl des Angebots:

Zum Nachweis müssen **alle** Angebote mit eingereicht werden.

Bitte dazu notwendige Vergabedokumentation beachten und aufbewahren

Voraussichtlicher Investitionszeitpunkt:

Ich plane die Investition/en zum beantragten Fördergegenstand zum **(MM/JJJJ)** zu tätigen.

Größe der mit dem Produkt zu bewirtschaftenden Fläche: ha

(Hinweis: Richtlinie 2.3 a: Für Feldroboter muss eine Mindestauslastung von 0,125 ha Hackfläche je 1.000 € Netto-Anschaffungskosten nachgewiesen werden.

Richtlinie 2.3 b: Für vollautomatische Geräte, die zwischen und innerhalb der Pflanzenreihen mechanisch, thermisch oder durch andere nicht-chemische Verfahren Beikraut bekämpfen, ist eine Mindestauslastung von 0,125 ha je 1.000 € Netto-Anschaffungspreis nachzuweisen.

Richtlinie 2.3 c: Für elektronische Reihenführungen von Geräten, die zwischen den Pflanzenreihen mechanisch, thermisch oder durch andere nicht-chemische Verfahren Beikraut bekämpfen, ist eine Mindestauslastung von 0,6 ha je 1.000 € Netto-Anschaffungspreis nachzuweisen.

Richtlinie 2.3 d: Für den Erwerb von Pflanzenschutzgeräten, die Zielpflanzen oder den Befall mit Krankheits- oder Schaderregern erkennen und nur auf diesen Pflanzenschutzmittel ausbringen, ist der Nachweis der Wirtschaftlichkeit durch ein vereinfachtes Investitionskonzept (IK) des LLH bzw. für weinbautreibende Betriebe entsprechend der Beratungsdienst des Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat Weinbau zu erbringen. Der LLH wird sich nach Absenden des Antrags mit Ihnen in Verbindung setzen.)

II MAßNAHMENPLAN

d) Digitale Gesundheitsüberwachung von Nutztieren gemäß RL-Nr. 2.4:

Hersteller:

Produktname:

Das Produkt wird im Rahmen eines hessischen EIP-Agri-Vorhaben gemäß RL-IZ Teil II Abschnitt A verwendet.

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Anbieter			
Angebotsdatum			
Preis/Stück (netto)	€	€	€
Preis/Stück (brutto)	€	€	€
Menge			
Gesamt (netto)	€	€	€
Gesamt (brutto)	€	€	€
Bevorzugtes Angebot (Kreuz setzen)			

Begründung für die Auswahl des Angebots:

Zum Nachweis müssen **alle** Angebote mit eingereicht werden.

Bitte dazu notwendige Vergabedokumentation beachten und aufbewahren

Voraussichtlicher Investitionszeitpunkt:

Ich plane die Investition/en zum beantragten Fördergegenstand zum: (MM/JJJJ) zu tätigen.

Meine/Unsere GVE bezogen auf die Investitionsmaßnahme betragen:

(Hinweis: Für Investitionen in digitale Systeme zur Überwachung des Gesundheitszustandes von Nutztieren und zur Verbesserung des Tierwohls ist eine Mindesttieranzahl von umgerechnet 2 GV je 1.000 € Netto-Anschaffungspreis nachzuweisen.

Für die Berechnung dieser Mindesttierzahl ist der GV-Umrechnungsschlüssel aus dem Merkblatt zu den Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten sowie der Digitalisierung in der Landwirtschaft für den Teil II Abschnitt C (RL-IZ Teil IIC) anzuwenden.)

II MAßNAHMENPLAN

e) Beratung zur Digitalisierung von Geschäftsprozessen sowie Produkten und Dienstleistungen gemäß RL-Nr. 2.5:

- Ich möchte eine Beratung gemäß RL-Nr. 2.5 beantragen.
- Ich möchte ein Informationsgespräch mit RKW Hessen GmbH inkl. kostenpflichtiger Erstellung einer Projektskizze beantragen.

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Dienstleister			
Angebotsdatum			
Anzahl der geplanten Beratungstage			
Kosten pro Beratungstag (netto)	€	€	€
Kosten pro Beratungstag (brutto)	€	€	€
Gesamt (netto)	€	€	€
Gesamt (brutto)	€	€	€
Bevorzugtes Angebot (Kreuz setzen)			

Begründung für die Auswahl des Angebots:

Zum Nachweis müssen **alle** Angebote mit eingereicht werden.

Bitte dazu notwendige Vergabedokumentation beachten und aufbewahren

Voraussichtlicher Investitionszeitpunkt:

Ich plane die Investition/en zum beantragten Fördergegenstand zum (MM/JJJJ) zu tätigen.

II MAßNAHMENPLAN

- f) **Anschaffung oder Entwicklung digitaler Technologien, Ausstattungen sowie IT-Anwendungen zur Steigerung einer wirtschaftlichen und effizienten Produktionsweise, zur Steigerung des Ressourcenschutzes oder eine zeitgemäße, verbraucherorientierte Direktvermarktung gemäß RL-Nr. 2.6:**

Bezeichnung der Maßnahme:

Detaillierte Beschreibung der Maßnahme und Einsatzmöglichkeit im Unternehmen:

--

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Anbieter			
Angebotsdatum			
Gesamt (netto)	€	€	€
Gesamt (brutto)	€	€	€
Bevorzugtes Angebot (Kreuz setzen)			

Begründung für die Auswahl des Angebots:

--

Zum Nachweis müssen **alle** Angebote mit eingereicht werden.

Bitte dazu notwendige Vergabedokumentation beachten und aufbewahren

Voraussichtlicher Investitionszeitpunkt:

Ich plane die Maßnahme zum (MM/JJJJ) zu starten.

Für tierhaltungsbezogene Geräte:

Meine/Unsere GVE bezogen auf die Investitionsmaßnahme betragen:

(Hinweis: Für Investitionen in digitale Systeme zur Überwachung des Gesundheitszustandes von Nutztieren und zur Verbesserung des Tierwohls ist eine Mindesttieranzahl von umgerechnet 2 GV je 1.000 €-Netto-Anschaffungspreis nachzuweisen.

Für die Berechnung dieser Mindesttierzahl ist der GV-Umrechnungsschlüssel aus dem Merkblatt zu den Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten sowie der Digitalisierung in der Landwirtschaft für den Teil II Abschnitt C (RL-IZ Teil IIC) anzuwenden.)

ODER:

Für pflanzenbaulich genutzte Geräte:

Größe der mit dem Produkt zu bewirtschaftenden Fläche: ha

(Hinweis: Es gilt eine jährliche Mindestauslastung von 4 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche je 1.000 € Netto-Anschaffungswert. Zum Erreichen der Mindestauslastung ist ein überbetrieblicher Einsatz im Rahmen von Kooperationen mit anderen Landwirten möglich. Im Falle des Einsatzes im Weinbau beträgt die Mindestauslastung. Für Drohnen, die ausschließlich im Weinbau eingesetzt werde, gilt eine Mindestauslastung von 0,125 ha Fläche je 1.000 € Netto-Anschaffungskosten.)

III KOSTEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

20. Kostenaufstellung (Angaben in €)

Förderpunkt gemäß RL-Nr. (z.B. 2.3)	Bezeichnung des Fördergegenstandes	Menge	Nettobetrag	Bruttobetrag	Beantragte Zuwendung
gesamt					

	Gesamtaufwendung	
-	Eigenmittel (nicht förderfähige und/oder zusätzliche Ausgaben, bzw. Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer; siehe Merkblatt Nr. 4 und 8 Erläuterungen zum Antrag) inklusive Darlehen:	
=	Zuwendungen (Gesamtsumme aus Nr. 3.):	

Mir ist bekannt, dass die Umsatzsteuer nicht gefördert wird.

Ich beantrage für die Umsetzung der oben aufgeführten Maßnahmen eine Zuwendung in Höhe von _____,00 €.

- Ich/wir erkläre/erklären, dass die Finanzierbarkeit für das geplante Fördervorhaben gegeben ist. Erforderliche Nachweise über vorhandene Eigenmittel oder eines Darlehens werde ich der Bewilligungsstelle zur Verfügung stellen und dem Förderantrag beifügen.

Hinweis: Für Investitionen < 10.000,00 € ist kein Nachweis nötig. Bei höheren Investitionen muss ein Nachweis über vorhandenes Eigenkapital, eine Darlehensbestätigung oder sonstiges eingereicht werden. (**als Anlage 5** beifügen)

IV ERKLÄRUNGEN

21. Erklärungen

21.1 Subventionserhebliche Tatsachen

Ich weiß/wir wissen, dass alle Tatsachen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der beantragten Förderung abhängig sind, subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29.07.1976 (BGBl. I Seite 2037) sind, und dass sich nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar macht, wer über subventionserhebliche Tatsachen falsche oder unrichtige Angaben macht oder Angaben hierüber unterlässt.

Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören insbesondere

- die Angaben dieses Antrags und in den beigelegten Anlagen sowie in den nachgereichten oder nachgeforderten Unterlagen,
- die Angaben in den Auszahlungsanträgen, den Verwendungsnachweisen und den Belegen über die Tätigkeiten des Zuwendungsempfängers,
- die Sachverhalte, von denen der Widerruf oder die Rücknahme der Bewilligung und die Erstattung der Zuwendung abhängen.

Die Pflicht, Änderungen subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, ist mir/uns bekannt.

21.2 Erklärungen zum Datenschutz

Die Verarbeitung meiner/unserer personenbezogenen Daten erfolgt im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG).

Ich/wir willigen gem. Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO in die Verarbeitung der mit dem Antrag einschl. Anlagen erhobenen Daten dahingehend ein, dass die personen- und objektbezogenen Daten im Rahmen des Auswahl- und Antragsverfahrens sowie einer Bewilligung nach den Richtlinien zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten sowie der Digitalisierung in der Landwirtschaft (RL-IZ) zum Zwecke der Erstellung von Auswertungen und Statistiken (Monitoring) sowie zur Bewertung des Förderprogramms (Evaluierung) und Erstellung sonstiger vorgeschriebener Berichte verarbeitet und an die hierfür beauftragten Stellen übermittelt werden können.

Mir/uns ist bekannt, dass diese Einwilligungserklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

Der Widerruf kann gerichtet werden an:

Regierungspräsidium Gießen
Dezernat 51.1 Landwirtschaft, Marktstruktur
Schanzenfeldstraße 8
35578 Wetzlar
E-Mail: dsb@rpgi.hessen.de

Im Rahmen des Förderverfahrens müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung eines Förderverhältnisses und zur Erfüllung

IV ERKLÄRUNGEN

der damit verbundenen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten [und ggfs. ihre Weitergabe an beauftragte Dritte] ist nach Widerruf der Einwilligungserklärung eine (weitere) Förderung **gegebenfalls nicht mehr möglich**.

Mit der Antragstellung wird von mir/uns das mir/uns bei Antragstellung vorliegende Merkblatt mit den Datenschutzhinweisen des Landes Hessen und der darin enthaltenen Belehrung über meine/unsere Rechte - gültig ab 01.01.2020 - **ebenfalls anerkannt. Der Inhalt des Merkblatts wird damit Bestandteil dieses Antrags.**

21.3 Kontrollen

Mir ist bekannt/uns ist bekannt, dass die zuständigen Behörden und Prüfungsinstanzen des Landes, sowie der hessische Rechnungshof das Recht haben, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen durch Kontrollmaßnahmen bei dem Zusammenschluss und jeweils dessen Mitgliedern zu prüfen. Dies kann z. B. durch Besichtigungen vor Ort, Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Unterlagen des Unternehmens sowie Kontrollen bei Dritten, wenn diese Leistungen für das Vorhaben erbringen, erfolgen. Die Prüfung kann auch nachträglich oder durch Beauftragte erfolgen. Es können Auskünfte über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse eingeholt werden.

Die Kontrollen können ab Antragstellung und bis zur Freigabe aus der Zweckbindung durchgeführt werden.

21.4 Weitere Erklärungen

- Ich/wir erkenne/n die für die Bewilligung und Zahlung von Zuwendungen geltenden Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen, Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes) und die nachstehenden Bestimmungen, von denen ich/wir Kenntnis genommen habe/n, für mich/uns für verbindlich an. Mir/uns ist bekannt, dass alle Rechtsvorschriften bei der zuständigen Behörde/Bewilligungsstelle eingesehen werden können.
- Ich habe/wir haben davon Kenntnis genommen, dass der Förderentscheidung (Bewilligung) die zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen Rechtsgrundlagen sowie haushalts- und verwaltungsrechtliche Vorschriften zugrunde liegen, sofern nichts Anderes bestimmt ist.
- Die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) – inklusive der aufgeführten Abweichungen – werden von mir/uns anerkannt.
 - Nr. 1.4 (ANBest-P), Satz 1 und 2 finden keine Anwendung.
Zuwendungen können nur angefordert werden bzw. zur Auszahlung angefordert werden, wenn die Zahlungen für ausgeführte Leistungen erfolgt sind und nachgewiesen werden. Dies gilt auch für Teilanforderungen.
 - Nr. 2.2 (ANBest-P) findet keine Anwendung.
 - Nr. 3.1 entfällt, stattdessen werden drei Angebote für den beantragten Fördergegenstand vorgelegt.
 - Nr. 5.1.4 (ANBest-P) entfällt.
 - Nr. 6.1. (ANBest-P) entfällt.
Im Einzelfall gelten die Fristen zur Vorlage des Verwendungsnachweises entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorgaben des Landes, gemäß den Festsetzungen im Zuwendungsbescheid.
 - Nr. 6.7 (ANBest-P) entfällt.
- Ich/wir bestätige/n, dass ich/wir aufgrund meiner/unsere finanziellen Verhältnisse bei der Finanzierung der Maßnahme auf die Zuwendung angewiesen bin/sind und ohne die Zuwendung die Maßnahme nicht durchführen kann/können.
- Mir/uns ist bekannt, dass auf die Gewährung einer Zuwendung kein Rechtsanspruch besteht.

IV ERKLÄRUNGEN

- Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkomme/n und gegen mich/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht oder eröffnet worden ist. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- Ich/wir erkläre(n), mit dem Vorhaben nicht vor Bewilligung der Zuwendung zu beginnen oder vor Zustimmung eines zu beantragenden vorzeitigen Vorhabensbeginn begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn bereits die Erteilung von Aufträgen in Bezug auf die Umsetzung gilt.
- Mir/uns ist bekannt, dass nur ein vollständiger Antrag von der Bewilligungsbehörde bearbeitet werden kann und von dieser bei Bedarf weitere Angaben und Unterlagen angefordert werden können.
- Ich/wir verpflichte/n mich/uns, alle Unterlagen, Aufzeichnungen, Belege und sonstige zum Antrag sowie zu den Verwendungsnachweisen gehörenden Unterlagen (einschließlich Vergabeunterlagen) für die Dauer von mindestens fünf Jahren nach Schlussauszahlung (Abschluss des Vorhabens) aufzubewahren, soweit nicht nach anderen Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorgeschrieben ist. Die Bewilligungsbehörde kann eine längere Aufbewahrung anordnen.
- Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass zum Zweck der Öffentlichkeitsarbeit Angaben über die Art des Fördervorhabens, die Höhe des förderungsfähigen Investitionsvolumens und der bewilligten öffentlichen Fördermittel an Dritte weitergegeben bzw. veröffentlicht werden können.
- Mir ist bekannt, dass im Falle der Förderung nach RL-Nummer 2.1 (Agrarsoftware) eine Zweckbindungsfrist von fünf Jahren ab Lieferung gilt. Bei rechtsfähigen Zusammenschlüssen von Unternehmen müssen entsprechende Regelungen im geschlossenen Vertrag berücksichtigt sein/werden.
- Mir ist bekannt, dass im Fall der Förderung nach RL-Nummern 2.2, 2.3, 2.4 und 2.6 eine Zweckbindungsfrist von fünf Jahren ab Lieferung gilt. Bei rechtsfähigen Zusammenschlüssen von Unternehmen müssen entsprechende Regelungen im Vertrag getroffen sein/werden.
- Jede Nichteinhaltung von Zuwendungsvoraussetzungen – auch in Fällen höherer Gewalt – werde ich/werden wir der zuständigen Behörde unter Angabe der Gründe unverzüglich mitteilen.
- Ich/wir verpflichte/n mich/uns, jede Änderung der Umsetzung und Ausführung unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen. Änderungen bedürfen der förmlichen Zustimmung durch einen Änderungsbescheid.
- Mir ist bekannt, dass für die fristgerechte Auszahlung der Fördermittel die Dauer der Prüfung eingereicherter Unterlagen und Verbuchung der Zahlung berücksichtigt werden muss. Die Dauer variiert je nach Fallkonstellation und Umfang der Unterlagen. Erfahrungsgemäß ist mit einem Zeitraum von einem bis drei Monaten zu rechnen.
- Mir ist bekannt, dass kein Rechtsanspruch auf Zustimmung der Bewilligungsbehörde besteht und, dass durch zeitliche Abweichungen Fördermittel verfallen können.
- Mir ist bekannt, dass im Fall der Förderung nach Teil II Abschnitt C der RL-IZ der Durchführungszeitraum zwölf Monate nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides beträgt.

21.5 Erklärung Interessenkonflikte

- Im Hinblick auf § 6 Abs. 1 der Vergabeverordnung (VgV) vom 12.04.2016, BGBl. I, S. 264, dürfen Organmitglieder oder Mitarbeiter/innen des öffentlichen Auftraggebers oder eines im Namen des öffentlichen Auftraggebers handelnden Beschaffungsdienstleister, bei denen ein Interessenkonflikt besteht, in einem Vergabeverfahren nicht mitwirken.

IV ERKLÄRUNGEN

- Ein Interessenkonflikt besteht für Personen, die an der Durchführung des Vergabeverfahrens beteiligt sind oder Einfluss auf den Ausgang eines Vergabeverfahrens nehmen können und die ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse haben, das ihre Unparteilichkeit und Unabhängigkeit im Rahmen des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte (§ 6 Abs. 2 VgV).
- Gemäß § 6 Abs. 3 VgV wird vermutet, dass ein Interessenkonflikt besteht, wenn die in Abs. 1 genannten Personen
 1. Bewerber oder Bieter sind,
 2. einen Bewerber oder Bieter beraten oder sonst unterstützen oder als gesetzliche Vertreter oder nur in dem Vergabeverfahren vertreten, beschäftigt oder tätig sind,
 3. bei einem Bewerber oder Bieter gegen Entgelt oder bei ihm als Mitglied des Vorstandes, Aufsichtsrates oder gleichartigen Organs oder für ein in das Vergabeverfahren eingeschaltetes Unternehmen, wenn dieses Unternehmen zugleich geschäftliche Beziehungen zum öffentlichen Auftraggeber und zum Bewerber oder Bieter hat.
- Gemäß § 6 Abs. 4 VgV gilt die Vermutung des Abs. 3 auch für Personen, deren Angehörige die Voraussetzungen nach Abs. 3 Nr. 1 bis 3 erfüllen. Angehörige sind der/die Verlobte, der Ehegatte/die Ehegattin, Lebenspartner, Verwandte und Verschwägerter gerader Linie, Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten und Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Ehegatten und Lebenspartner, Geschwister der Eltern sowie Pflegeeltern und Pflegekinder.
- Der/Die Zuwendungsempfänger/in versichert durch die Unterschrift im Förderantrag, dass zum Zeitpunkt der Unterschrift kein Interessenkonflikt vorliegt und die Annahme eines Interessenkonflikts zu jedem Zeitpunkt des Förderverfahrens umgehend der Bewilligungsstelle mitgeteilt wird.

IV ERKLÄRUNGEN

Anlagen

Zutreffendes ankreuzen und ggf. weitere Anlagen ergänzen.

Anlage	Bezeichnung	Ja	Nicht erforderlich
1	Bankverifizierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2	Aktueller Beitragsbescheid der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (BG-Bescheid)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3	Gesellschaftsvertrag/Kooperationsvertrag/Vereinsatzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4	Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis-Beihilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5	Nachweis Eigenmittel bzw. Bankbestätigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6	Angebot 1 zu Förderpunkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7	Angebot 2 zu Förderpunkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8	Angebot 3 zu Förderpunkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			

IV ERKLÄRUNGEN

Ich/wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag gemachten Angaben und akzeptiere/akzeptieren die „Hinweise und Erklärungen“, die „Erklärung zum Datenschutz, Transparenz- und Publizitätsvorschriften“, die „Erklärung Interessenkonflikt“ sowie den Erhalt und die Kenntnisnahme der Datenschutzhinweise der Abteilung Landwirtschaftsförderung der WiBank als Zahlstelle EGFL/ELER des Landes Hessen für Antragsteller von landes-, bundes- und EU-finanzierten Fördermaßnahmen und der darin enthaltenen Belehrung über meine/unsere Rechte -gültig ab 01.01.2020.

Vorzeitiger Massnahmenbeginn

Ich/wir erkläre/erklären, dass der hier gestellte Antrag sich auch auf den Antrag zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn bezieht.

Begründung für den Antrag auf vorzeitigen Massnahmenbeginn:

Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir für eine Bewilligung einen vollständigen Antrag zur Förderung im Rahmen der „Digitalisierung in der Landwirtschaft“ gem. Richtlinie IZ Teil C im Hessischen Agrarportal zu stellen habe/haben, sobald die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift(en) des/der Antragstellenden)